Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 17. April 1926
Sonnabend Morgen

Chefredakteur Dr Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999 Postscheck Berlin Nr 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich Monatlicher Bezugspreis 4,35 R M in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
Nr. 178
17. 4. m

Sowohl Genf wie Moskau.

a **Paris**, 16. 4. (Eigenbericht.)

Der Eindruck verstärkt sich, daß die internationale Lage in den letzten Tagen eine für Deutschland nicht ungünstige Wendung erfahren hat. Sowohl die Verhandlungen mit Rußland wie die gestrige Antwort an den Völkerbund haben die Alliierten offensichtlich in eine gewisse Verlegenheit gesetzt, aus der sie zunächst noch keinen Ausweg sehen. Auf französischer Seite werden die gegenwärtigen Vorgänge als ein sehr komp. ziertes Spiel der europäischen Diplomatie betrachtet, das sich vorläufig noch nicht durchschauen läßt, und dessen weitere Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit beobachtet werden muß. Der Ton der maßgebenden Presse gegenüber Deutschland ist weiterhin ruhig und sachlich, wenn auch im allgemeinen zur Vorsicht gemahnt wird. Die Antwort an den Völkerbund hat dazu beigetragen, das Mißtrauen, das durch die Meldungen über Berliner Verhandlungen mit Moskau entstanden war, zu mildern. Die deutsche Regierung will durch diese Antwort nach hiesiger Auffassung unzweideutig dokumentieren, daß sie an ihrer bisherigen Locarno-Politik unverändert festhalte, und daß die Verhandlungen mit Rußland nicht als eine Kursänderung der deutschen Außenpolitik betrachtet werden dürfen. In sachlicher Hinsicht wird betont, daß durch die Berliner Antwort eine etwas merkwürdige und für Deutschland keineswegs ungünstige Sachlage geschaffen worden ist, da das Reich an den Verhandlungen über die Organisation des Bundes teilnehmen wird, während es sich andererseits seine Entscheidung vorbehält, ob es in diese Organisation eintreten will oder nicht. In Wirklichkeit herrscht über den letzteren Punkt in Paris wohl kaum ein Zweifel, da man hier, wie gemeldet, eine grundsätzliche Aenderung der deutschen Politik praktisch für unmöglich hält. Die deutschen Vorbehalte in bezug auf den Beitritt werden infolgedessen dahin gedeutet, daß Deutschland sich auf diese Weise ein Pressionsmittel verschaffen wolle, um Zugeständnisse in bezug auf die Rheinfrage zu erhalten.

Als Kernpunkt der Lage wird hier nach wie vor die Frage betrachtet, in welcher Weise der deutsch-russische Vertrag die Neutralitätsfrage behandelt. Der „Temps" ist der Ansicht, daß die Verpflichtung zu einer absoluten gegenseitigen Neutralität mit den Bestimmungen des Artikels 16 unvereinbar wäre, legt jedoch Wert darauf, daß nach einer „Reuter"-Meldung Außenminister Stresemann dem englischen Botschafter die formelle Versicherung gegeben haben soll, daß eine solche Verpflichtung nicht übernommen worden ist. Berlin sei offenbar bestrebt, eine Formel zu finden, die der deutschen Politik nach beiden Richtungen hin freie Hand lassen werde; es werde jedoch außerordentlich schwierig sein, eine derartige Lösung zu finden. Gegenwärtig spiele Deutschland jedenfalls ein doppeltes Spiel zwischen Genf und Moskau.

Im allgemeinen scheint die Besorgnis über die neue Entwicklung der Dinge auf französischer Seite wesentlich geringer zu sein als diejenige, die in gewissen Londoner Kommentaren zum Ausdruck kommt.

Für ein gesundes Deutschland!

Diesen Titel trägt eine Sonderbeilage der „DAZ.", die wir aus Anlaß des Beginns der Reichsgesundheitswoche unseren Lesern am Sonntag überreichen.

Nach einem Vorwort von Prof. Adam von der Leitung der Gesundheitswoche kommen hervorragende Forscher und Fachärzte wie Abderhalden, Biesalski, v. Drigalski, A. Gutmann, Hammerschlag, Katzenstein, Langstein, P. F. Richter, Schuster, Roeschmann, Adrion und Mallwitz zu Worte.

Fürstenkompromiß und Duellgesetz.

Völlige Einigung zwischen Kabinett und Regierungsparteien.

Freitag nachmittag wurden die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Regierungsparteien über das Fürstenkompromiß und das Duellgesetz zum Abschluß gebracht. In beiden Angelegenheiten wurde völlige Uebereinstimmung zwischen der Regierung und den Parteien erzielt.

Die Duellbestimmung dürfte in der Form Annahme finden, daß das Offiziersduell mit Dienstentlassung bestraft werden kann, in besonders schweren, also Ausnahmefällen mit Dienstentlassung bestraft werden muß.

Zum Fürstenkompromiß wurden die Grundlinien eines gemeinsamen Antrages der Regierungsparteien formuliert, dessen Einzelheiten noch nicht bekanntgegeben werden sollen. Ueber diesen Antrag soll mit den anderen Parteien erst im Rechtsausschuß, der am 20. d. Mts. zusammentritt, verhandelt werden. Die Regierung verzichtete daher auf eine Besprechung auch mit den Vertretern der Oppositionsparteien. Dem Rechtsausschuß wird auch erst das Gutachten des Kabinetts über die Frage des verfassungsändernden Charakters der Fürstenabfindung zugehen. Man ist aber in den maßgebenden Kreisen der Ansicht, daß eine verfassungsändernde Mehrheit für das Gesetz notwendig sein wird

Der Reichskanzler, der Freitag abend nach München abreiste, hat sich vorbehalten, die Verhandlungen zwischen den Parteien auf Grund der Beratungen im Rechtsausschuß zu einem späteren Zeitpunkt erneut in die Hand zu nehmen, falls dies notwendig werden sollte.

Italiens Mittelmeerpolitik und Frankreich.

Flotten- und Kolonialdebatte im französischen Senat.

a. **Paris**, 16. 4. (Eigenbericht.)

In der heutigen allgemeinen Aussprache des Senats über das Marinebudget wurde auf die Entwicklung der italienischen Seemacht und deren Bedeutung für die Kolonialpolitik Italiens hingewiesen, und im Zusammenhang damit eine Verstärkung der französischen Flotte verlangt. Die Abschaffung der Unterseebootwaffe wurde abermals abgelehnt und unter Anspielung auf die Erklärungen Mussolinis betont, daß niemand das Recht habe, das Meer als sein Eigentum zu erklären, und es wurde eine freundschaftliche Verständigung mit Italien zur Sicherung der Garantien für die Besitzungen Frankreichs in Nordafrika anempfohlen.

Zunächst stellte der Senator Mathieu von der demokratischen Linken fest, daß die

Fortschritte im Marineflugwesen nicht ausreichend

seien. Andere Seeländer, insbesondere Italien, würden weit größere Anstrengungen für die Entwicklung ihres Wasserflugzeugwesens machen. Italien besitze 27 Esquadrillen und 30 unabhängige Esquadrillen. Frankreich besitze bloß 10 Esquadrillen und 240 Wasserflugzeuge. Nach dem Marineprogramm soll Frankreich 1938 50 Esquadrillen haben. Frankreich dürfe keine Gelegenheit vorübergehen lassen, seine Verbindungen mit Nordafrika zu sichern, und es müsse daher an die Ausführung des Programms geschritten werden.

Der Senator Kerguesec von der demokratischen Linken, Präsident der Marinekommission, behandelte die Frage der Effektivstärke der Flotte und bezeichnete diese als unzureichend. Von den flüssigen Brennstoffvorräten fehlten 1 300 000 Tonnen. Was not tue, sei, daß Frankreich

im Falle eines Angriffs auf den Rhein

sich auf dem Seeweg gesicherte Vorräte verschaffen könne. Kerguesec bedauert sodann, daß Frankreich nicht dieselben Anstrengungen gemacht habe wie Italien. **Frankreich wolle im Frieden mit Italien leben; das Mittelmeer sei groß genug für beide Länder.**

Frankreich und Italien müssen sich aber in einer Atmosphäre der Brüderlichkeit verständigen, und es müßten in aller Freundschaft für Frankreichs Besitzungen in Nordafrika sichere Garantien geschaffen werden.

Senator Lemery betonte, daß die französische Marine sich im Mittelmeer von der italienischen überflügeln lasse.

Frankreich bewundere die Bestrebungen Italiens zur See, aber es könne dabei nicht übersehen, daß die italienische Flotte dazu bestimmt sei, Italien eine koloniale Ausdehnung zu erlauben, die mit den Rechten Frankreichs nicht immer und überall im Einklang stehe.

Frankreichs Mindestanstrengung müßte die sein, seine Flotte auf die gleiche Höhe zu stellen, wie Italien sie besitze.

Der Marineminister

stellt mit Genugtuung das Interesse des Senats für die Marine fest und schildert dann die Anstrengung, die gemacht wurde durch Lancierung neuer Schiffstypen, Kreuzer und Torpedos, und stellt eine Reorganisierung der technischen Betriebe der Marine in Aussicht.

Schließlich verlangt der Minister die Votierung der Kredite. Vor dem Kriege belief sich das Marinebudget auf 578 Millionen Franken, es müßte also jetzt 3500 Millionen Franken betragen; es betrage aber nur 1400 Millionen. Man habe von einer Marinepolitik gesprochen. Ein großes Land müßte eine solche haben. Bei Regelung des Friedens habe man erreicht, daß Frankreich von der deutschen Flotte die verlorenen Einheiten ersetzt erhielt. Man habe die Abschaffung der Unterseeboote verlangt. Frankreich widersetze sich dieser Abschaffung, weil nicht eine Waffe an sich illoyal sein könne, sondern nur auf Grund der Art ihres Gebrauchs.

„Das Meer muß frei sein", schließt der Minister; „niemand hat das Recht, zu sagen, das Meer gehöre ihm. Keine Domäne ist internationaler als das Meer."

Nach den Ausführungen des Ministers wird in die Besprechung der einzelnen Artikel eingegangen.

Foreign Office lehnt die Verantwortung ab.

Die Veröffentlichung über die russisch-deutschen Besprechungen.

sx. **London**, 16. 4. (Eigenbericht.)

Das Foreign Office lehnt entschieden jede Verantwortung dafür ab, daß die deutsche Mitteilung an die britische Regierung über die Verhandlungen mit Rußland in die Presse gelangt ist. Es dürfte sogar zutreffend sein, daß die betreffenden amtlichen Stellen unangenehm überrascht waren. Die englische Politik, die sich in gewissem Maße durch das Scheitern der Genfer Konferenz bloßgestellt sieht, hat gar kein Interesse daran, daß die Lage in Europa durch Unterstellungen oder Verdächtigungen noch mehr kompliziert wird, als sie es schon durch die französisch-italienischen Bündnispläne mit der Kleinen Entente und Polen ist. An zuständiger Stelle versichert man, daß man an einem deutsch-russischen Vertrag nur auszusetzen hätte, daß der Zeitpunkt nicht gerade glücklich sei.

Das ist natürlich Auffassungssache, und diese englische Kritik dürfte sich mit mehr Recht an die französische Adresse wenden. Ein diplomatischer Meinungsaustausch, wie er in solchen Fällen zunächst nichts Ungewöhnliches bedeutet, ist zwischen London und Paris im Gange, bei dem die Position Frankreichs nicht gerade günstig ist, da der Präzedenzfall mit dem französisch-türkischen Vertrag vorliegt. De Jouvenel hatte bei seinem Londoner Besuch seine beabsichtigte Reise nach Angora nur mit der erforderlichen Regelung von Grenzfragen begründet, während die Neutralitätsklausel England überrascht hat. Daß Deutschland im Gegensatz dazu vorher Mitteilung gemacht hatte, hat hier natürlich einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Man weist aber hier darauf hin, daß bei solchen Zirkularmitteilungen in den europäischen Hauptstädten mit einem Bekanntwerden gerechnet werden muß.

„Times" melden aus Berlin, es sei guter Grund zu dem Glauben, daß alle wesentlichen Differenzen über die Neutralitätsklausel im deutsch-russischen Vertrag beigelegt seien, und daß nichts einer Unterzeichnung des Vertrages im Wege stehe.

Italienische Stimmen.

fr. **Mailand**, 16. 4. (Eigenbericht.)

Die französisch-englischen Presseäußerungen gegen die deutsch-russischen Verhandlungen werden von italienischen Zeitungen teilweise bereitwilligst übernommen, besonders von denjenigen Blättern, die ihre Berliner Korrespondenten zu Worte kommen lassen, denn diese scheinen großenteils ihre außenpolitische Weisheit vom „Vorwärts" zu beziehen, dessen Ansichten in dieser Hinsicht bemerkenswerterweise in ziemlich konträrem Gegensatz zu den Ansichten des Mailänder Bruderorgans, des „Avanti", stehen.

Eine nüchterne Prüfung vom italienischen Standpunkt aus wird nur von einem Außenseiter versucht, von der Mailänder Wirtschaftszeitung „Progresso", die alles andere als deutschfreundlich ist. Die Zeitung meint, daß Deutschland an dem Ausgang der Verhandlungen vor allem vom wirtschaftlich-militärischen Standpunkt aus besonders interessiert sei. Im Falle eines Krieges könnte der deutsch-russische Vertrag Italien die Landverbindung nach Rußland bringen, vorausgesetzt, daß die politische Lage Italien an die Seite der beiden kontinentalen Mächte stelle. Diese Landbrücke brauche Italien, so erklärt das Blatt, für seine Rohstoffversorgung, mit Getreide und mit Oel.

Neues Nachgeben des Franken.

Starke Abgaben von fremden Börsen.

a. **Paris**, 16. 4. (Eigenbericht.)

Trotz aller beruhigenden Versicherungen der Regierung und trotz aller Strafandrohungen gegen die Spekulation hat der Frankenkurs in den letzten Tagen wiederum erheblich nachgegeben. Auf der heutigen Börse schwankte das Pfund um einen Stand von etwa 144. Auch wenn man den von den amtlichen Stellen zur Schau getragenen Optimismus nicht ganz ernst nehmen will, ist es doch schwer, eine Erklärung für diesen neuen Rückgang zu finden. In den allgemeinen staatlichen Finanzen ist jedenfalls keine weitere Verschlechterung eingetreten; im Gegenteil zeigt der gestrige Wochenbericht der Staatsbank, daß die bis Ende März eingegangenen staatlichen Verpflichtungen bereits zur Hälfte abgedeckt sind. Weiterhin sind auch die Ziffern des Außenhandels für den abgelaufenen Monat wesentlich günstiger als im Februar und Januar. Auch die Spekulation scheint nicht Schuld daran zu tragen, wenigstens nicht in dem Maße, wie von Regierungsseite angenommen wurde; dagegen werden allerdings starke Frankenabgaben von ausländischen Börsen gemeldet, besonders von London und Mailand und vor allem von New York. Es soll sich dabei angeblich um Verkäufe aus dem großen Publikum handeln, das von dem Abschluß der parlamentarischen Finanzdebatte eine starke Besserung des Währungsstandes erwartete und nun in seiner Enttäuschung zu Abgaben schreitet. Auch diese Erklärung scheint indessen sehr unzulänglich. Von anderer Seite wird behauptet, daß die drohende Finanzkrise in England stark auf den Frankenkurs drücke, und daß auch die belgische Finanzkrise ungünstig einwirke. Die kritischen Stimmen, die in der Londoner Presse gegenüber der französischen Finanzpolitik laut werden, werden hier mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß die Methode der englischen Finanz- und Wirtschaftspolitik, die mit enormen Subsidien und Arbeitslosenunterstützungen arbeite und dadurch das Budget gefährde, kein nachahmenswertes Beispiel für andere Länder bilde.

Bericht der Saarregierung an den Völkerbund.

Genf, 16. 4. (Eigenbericht.)

Der Bericht der Saarregierung an den Völkerbund ist außerordentlich optimistisch gehalten. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt sei merklich besser, und die Zahl der Arbeitslosen habe stark abgenommen. Die Gendarmerie bestände nun aus 1005 Mann und sei abgeschlossen organisiert. Die Regierungskommission verspricht daher abermals die schon oft in Aussicht gestellte Entfernung des französischen Jägerbataillons bis längstens Ende Mai, erwähnt aber nichts von den beiden übrigen französischen Regimentern. Die Steuern für Beamte und Arbeiter hinsichtlich ihres Einkommens seien herabgesetzt worden, dagegen scheinen die Vermögenssteuer, die Umsatzsteuer und die Verzehrungssteuer erhöht worden zu sein, ebenso wie die Verkehrstarife.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Der österreichisch-polnische Vertrag.

Skrzynski über die Verhandlungen Berlin—Moskau.

kbg. **Wien**, 16. 4. (Eigenbericht.)

Heute ist hier der österreichisch-polnische Vergleichs- und Schiedsgerichtvertrag durch den polnischen Ministerpräsidenten Grafen Skrzynski und den österreichischen Bundeskanzler Ramek unterzeichnet worden. Der neue Vertrag ersetzt den im Jahre 1923 abgeschlossenen und 1924 in Kraft getretenen Schiedsvertrag.

Der bisherige Schiedsvertrag regelte nur jene Streitigkeiten, die sich aus den zwischen beiden Staaten abgeschlossenen Konventionen etwa ergeben sollten; der heutige Vertrag geht darüber hinaus und unterscheidet sich vom österreichisch-tschechischen Vertrag vor allem darin, daß nicht ein ständiger Vergleichsrat eingesetzt wird, sondern für jeden einzelnen Fall ein Schiedsgericht. Der Vertrag wird aber wieder

auf drei Jahre abgeschlossen

und bleibt, falls er nicht sechs Monate vor Ablauf gekündigt wird, ein weiteres Jahr in Kraft. Der neue Vertrag beruht auf einem Entwurf der polnischen Regierung; er ist nach anderen Grundlinien aufgebaut, als der vor kurzem abgeschlossene Schiedsgerichtsvertrag zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei. Der Schiedsgerichtsvertrag unterwirft alle Streitigkeiten zwischen Oesterreich und Polen, die etwa auf diplomatischem Wege nicht geschlichtet werden könnten, zunächst einem Vergleichsverfahren. Dieses ist obligatorisch, wenn nicht beide Teile darauf verzichten. Wenn ein Vergleich nicht erzielt werden kann, so kann auch auf Wunsch nur einer Partei das Schiedsverfahren eintreten, ohne daß hierbei zwischen Streitfällen rechtlicher Natur und solchen politischer Natur unterschieden würde.

Ausgenommen bleiben vom Vertrag:

1. Streitigkeiten über Fragen, die nach internationalem Recht zur ausschließlichen Zuständigkeit der Staaten gehören, und
2. Streitigkeiten, die aus Tatsachen entstanden sind, die dem Abschluß des Vertrages zeitlich vorangehen und der Vergangenheit angehören.

Die unter Punkt 1 erwähnte Ausnahme findet ihr Vorbild im Absatz 8, Artikel 15 der Völkerbundssatzung; die zweite Ausnahme ist aus dem zwischen Polen und Deutschland in Locarno abgeschlossenen Schiedsgerichtsvertrag übernommen. Sie soll verhindern, daß Streitigkeiten, die bereits als erledigt gelten können, nach Inkrafttreten des Vertrages wieder aufgegriffen werden können.

Der Vertrag regelt das Vergleichsverfahren vor einer zu bildenden

ständigen Vergleichskommission

wesentlich in derselben Weise wie der österreichisch-tschechische Vertrag. Schiedsgerichtliche Instanz ist jedoch nicht wie im österreichisch-tschechischen Vertrag der Ständige Internationale Gerichtshof, sondern ein von Fall zu Fall zu bildendes Schiedsgericht, dessen Zusammensetzung und dessen Verfahren der Vertrag regelt. Die Austragung von Auslegungsstreitigkeiten aus diesem Vertrag wird dem Ständigen Internationalen Gerichtshof vorbehalten.

Der polnische Ministerpräsident Skrzynski hat am heutigen Nachmittag einen Presseempfang veranstaltet, der zu zwangloser Aussprache Gelegenheit gab. Die Form der Diskussion läßt eine wörtliche Wiedergabe von Skrzynskis Aeußerungen nicht zu. Festzustellen ist, daß er mit Nachdruck friedliche Absichten gegenüber Deutschland und Rußland betonte, und daß er Fragen über die Aussichten eines osteuropäischen Locarno mit dem Hinweis darauf ausgewichen ist, daß noch das erste Locarno viele Schwierigkeiten bereite. Auch Fragen nach seiner Ansicht über das angebliche

Abkommen zwischen Deutschland und Rußland

wies er mit großem diplomatischem Geschick zurück. Er meinte, Deutschland wäre zu klug, derartige Abmachungen ohne Fühlungnahme mit dem Völkerbund zu treffen. Es schien ihm auch sehr daran gelegen zu sein, den Abmachungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei, die als Grundlage eines slawischen Blocks in Zentraleuropa betrachtet werden, den aggressiven Charakter zu nehmen. Er will die Paktpolitik zwischen beiden Staaten aus Vergangenheit und Geschichte zur Genüge erklärt sehen. Es herrscht der Eindruck vor, daß dem polnischen Ministerpräsidenten nicht der gute Wille zu einer Verständigungspolitik fehlt, wohl aber die Macht und der Einfluß, sie durchzusetzen.

Skrzynski fährt heute nacht unmittelbar nach einem Besuch in der Wiener Oper nach Warschau zurück, wo ihn eine Umbildung der Regierung erwartet. Wahrscheinlich wird er in der neuen Regierung nicht wieder Ministerpräsident sein, sondern nur Außenminister.

Die Volksarmee in vollem Rückzug.

Peking, 16. 4. (Sonderdienst der DAZ.)

Heute morgen fuhr ich im Automobil rund um die Stadt und fand alle Tore geschlossen, bis auf zwei. Aus einem sah ich die Reste der aus Peking abrückenden Nationalarmee, durch das andere rückte eine stärkere Infanterieabteilung nach einem Gefecht vor der Stadt ein. Die Abteilung gehörte früher zu den mandschurischen Truppen, war dann zur Nationalarmee übergegangen, gestern aber wieder zu den mandschurischen Truppen zurückgekehrt und gehört jetzt zu einer Brigade, die heute die Erlaubnis erhielt, als Garnison einzurücken. In der Nacht und heute sind wieder eine ganze Anzahl von Scharmützeln in der Umgegend von Peking zwischen den sich zurückziehenden Nationaltruppen und den vormarschierenden mandschurischen Truppen im Gange. Es heißt, daß sich die Nationalarmee in guter Ordnung auf Nankow zurückgezogen hat.

Kalkutta, 16. 4. (Sonderdienst der DAZ.)

General Bruce teilt aus Simla mit, daß die Behörden von Tibet beschlossen haben, keine Mount-Everest-Expedition mehr zu erlauben.

Rückenstärkung der englischen Bergarbeiter.

Die Bergarbeiter-Internationale verspricht Hilfe.

kr. **Brüssel**, 16. 4. (Eigenbericht.)

Die Bergarbeiter-Internationale hielt am Freitag vormittag im Gewerkschaftshause in Brüssel ihre letzte Sitzung ab. Smith und Cook, der Präsident und der Sekretär der britischen Bergarbeiter, die gestern abend hier eingetroffen waren, berichteten vor den Delegierten von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Holland und der Tschechoslowakei über ihre in London geführten Verhandlungen mit Baldwin und teilten mit, daß event. eine neue Unterredung mit Baldwin zu Beginn der nächsten Woche stattfinden könne.

Nach einer Debatte über diesen Bericht nahm das Komitee einstimmig die von der englischen und der deutschen Delegation eingebrachte Resolution an, in der es heißt, daß die internationale Kohlenkrise mehr und mehr schwere soziale Konflikte in allen Kohlen produzierenden Ländern hervorrufe. Der einzige Ausweg sei ein internationales Reglement für Produktion und Verteilung der Kohle. Dann heißt es wörtlich:

„Das internationale Komitee erklärt seine völlige Solidarität mit den britischen Bergarbeitern in ihrem Kampfe gegen die Vermehrung der Arbeitsstunden, Verkürzung der Löhne und Bruch der nationalen Abkommen, und es ist bereit, im Bedarfsfalle die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausfuhr von Kohlen nach England zu verhindern."

Weiter wird in der Resolution gesagt, daß im Falle, daß ein internationaler Streik beschlossen würde, nach Prüfung der Lage durch die betreffenden Organisationen der einzelnen Länder das internationale Komitee die Organisationen der Länder dazu anhalten werde, den Streik nicht zu beenden, bevor nicht eine annehmbare Basis für die Wiederaufnahme der Arbeit in allen betroffenen Ländern geschaffen sei. Im Falle eines internationalen Streiks wird das Internationale Komitee wie ein Streitkomitee handeln, dessen Instruktionen für alle Länder bindend sein werden.

Das Komitee wurde beauftragt, eine neue Zusammenkunft in London oder an einem anderen Ort einzuberufen, falls die Lage der englischen Kohlenindustrie dies erfordern würde.

Schließlich erhielt das Komitee von der Internationalen Transportvereinigung die Zusicherung, daß sie den englischen Bergarbeitern jede Unterstützung zuteil werden lassen würde, um ihnen zum Siege zu verhelfen.

Die Zusammenkunft der Bergarbeiterinternationale ist damit beendet.

Das Urteil im Stahlwerk-Becker-Prozeß.

uw. **Crefeld**, 16. 4. (Eigenbericht.)

Nach nahezu vierstündiger Beratung wurde das Urteil im Prozeß Mundt verlesen. Der Angeklagte Richard Mundt erhielt wegen gewinnsüchtiger Urkundenfälschung ein Jahr drei Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe. Von der Untersuchungshaft werden ihm elf Monate angerechnet. Da kein Fluchtverdacht vorliegt, wurde der Angeklagte sofort auf freien Fuß gesetzt, trotzdem der Staatsanwalt einen Gegenantrag gestellt hatte.

kbg. **Wien**, 16. 4. (Eigenbericht.)

Der Oberste Verwaltungsgerichtshof in der Tschechoslowakei hat in der Streitfrage um Marienbad entschieden, daß die Brunnen dem Staate zufallen, die Gebäude dem Stift Tepl.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- und Geldmarkt.

Devisenkurse von 4 Uhr nachmittags.

	16. 4.	15. 4.		16. 4.	15. 4.
Tägl. Geld	4¼ %	4¼ %	Lond. 60 T.	4,81⅝	4,81,50
Bankakzepte (90 Tage) G	3½	3½	Paris	3,36,00	3,39,00
do. do. B	3⅜	3⅜	Brüssel	3,69,00	3,71,00
Pa. Handelsw. niedr. Kurs	4¼	4¼	Amsterd.	40,11½	40,11
do. höchster	4¼	4¼	Zürich	19,30	19,30¼
Berlin	23,80—23,82	23,80—23,82	Oslo	21,92	21,80
„ bez.	—.—	—.—	Kopenh.	26,20	26,17½
London Kabel Tr.	4,85⅞	4,86 1/16	Prag	2,96½	2,96¼
			Rom	4,02¾	4,02¾
			Madrid	14,30	14,21
			Silber	63⅞	64⅛

New Yorker Börse.

	16. 4.	15. 4.		16. 4.	15. 4.
4% St. Louis Prior.	81¾	81¾	7% Rep. Dawes Anl.	102¼	102
6% do. cum. Mrt. Bd.	95¾	95½	6% Berl. Stadt 25	87	87¼
Baltimore shares	84¾	85¼	6% Köln v. 1925	86⅝	86⅝
Canad. Pacific	153¼	154	7 Münch. v. 1925	—	—
Chesapeake Ohio	122⅞	121	7 Dt. Kom. Verb. 47	94½	94⅛
Chic. Milwauk.	9½	9½	7 Rentenbk. Kredit	97⅛	97½
Erie	29⅝	29⅛	7 Oest. Völkerbd.	100½	100½
Pennsylvania	50⅝	50⅝	7 Franz. Gold 49	87⅞	87⅝
Reading	82	82ex	5 Mex. Ausl. v. 99	—	—
Southern Pacific	97⅞	97⅛	4 Mex. Gold v. 04	—	—
Union Pacific	144⅞	144⅝	8 Poln. Ausl. 50	88¼	88
American Can	42	42⅝	7 A. E. G. 1945	98	98
Anaconda	43⅛	43⅝	6½ Elektrowerke 50	87½	87¾
Bethl. Steels	39	38¼	7 Fried. Krupp 29	94¾	95¼
General Electric	289	292½	7 Rh. W. El. 1950	96	95½
General Motors	116	117⅛	7½ Leonh. Tietz	95	—
Intern. Harvester	114⅞	115½	7 Sächs. Wke. 45	95¾	95⅝
Standard Oil N. J.	41⅛	41¼	7 Siem. u. H. 1928	99	99
Studebaker	50⅞	51¼	7 Aug. Thyssen	95¼	95¼
U. S. Steel Corp.	118½	118			

New York, Produktenmarkt.

	16. 4.	15. 4.		16. 4.	15. 4.
Kaffee Santos l.	21⅞	21⅞	Weissblech	5,50	5,50
„ Rio loko	17⅞	17¾	Bessemer Stahl	35,50	35,50
„ Mai	16,55	16,65	Schmalz West.	14,50	14,45
„ Juli	15,89	15,89	Talg	9	9⅛
„ Septbr.	15,26	15,34	Bw. Saatöl loko	12,00	11,90
„ Dezbr.	14,67	14,75	„ Mai	12,00	11,95
„ März	14,16	14,30	Petroleum Cases	18,15	18,15
Baumwolle loco	19,15	19,35	„ Tanks	7,75	7,75
„ Mai	18,66	18,83	„ Stand wh.	14,75	14,75
„ Juli	18,11	18,28	Pennsylv. Rohöl	3,65	3,65
„ August	17,63	17,80	Zucker Mai	2,42	2,41
„ Septbr.	17,17	17,38	„ Juli	2,55	2,54
Zufuhr	24 000	16 000	„ Septbr.	2,66	2,66
Kupfer elektr.	14	14	Kautsch. crepe	49⅞	47⅞
Zinn	64,00	64,25	„ sheet	48⅞	47⅞
Blei	8,00	8,00	Terpentin	96½	97
Zink	7,05	7,12	„ Savannah	89½	90
Eisen	21,75	21,75	Baumw. N. Orl.	18,07	18,36

	16. 4.	15. 4.		16. 4.	15. 4.
Weizen, rot	193⅝	196	Mehl, Sp.	7,50—8,00	7,50—8,00
Hartwinter	189⅝	192	Getrfr. Engl.	1/6—2/0 sh	1/6—2/0 sh
Mais	85⅝	86½	Kontinent	8—10 cts	8—9 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	16. 4.	15. 4.		16. 4.	15. 4.
Weizen Mai	165⅞	168	Schmalz Juli	14,05	14,02½
„ Juli	140⅞	141⅞	Rippen Mai	14,57½	14,52½
Mais Mai	73⅞	74⅞	Speck	14,75	14,75
„ Juli	77⅞	78⅝	Leichte Schweine niedr.	12,65	12,50
Hafer Mai	42⅞	42⅞	Leichte Schweine höchst.	13,65	13,40
„ Juli	42¾	43⅛	Schwere Schweine niedr.	11,40	11,30
Roggen Mai	90⅞	91⅞	Schwere Schweine höchst.	12,45	12,35
„ Juli	91⅞	93⅝	Zufuhr Chicago	14 000	25 000
Schmalz Mai	13,80	13,77½	Zufuhr Westen	71 000	90 000

Der chinesische Silberstreifen.

Der vor einiger Zeit für Deutschland zitierte Silberstreifen zeigt sich nach dem friedlichen Abzug der Kuo-min-Armee aus Peking nunmehr auch am politischen Horizonte Chinas. Die Atempause, die dadurch in dem innerpolitischen Kampfe Chinas entsteht, kann man als ein gutes Vorzeichen für eine mögliche nahe Lösung der Krisis bezeichnen; gleichgültig, ob man, nach europäischem Maßstab messend, in der Entwicklung der Dinge in China ein unlösbares Rätsel sah oder ob man in besserer Kenntnis der Psyche des chinesischen Volkes und in richtigerer Einschätzung der dort gegeneinander wirkenden Kräfte eine organische Entwicklung und einen Gesundungsprozeß erkannte. Die geheimnisvolle Kraft, die die künftigen Schicksale des chinesischen Volkes allein bestimmend gestaltet, liegt in der vollständig unpolitischen Masse des chinesischen Volkes, die allein durch das Schwergewicht ihrer traditionellen Homogenität die zurzeit günstige außenpolitische Lage erzwungen hat und ebenso auch eine den Interessen des chinesischen Volkes entsprechende innerpolitische Lage schaffen wird. Diese politische indifferente Volksmasse hat durch eine instinktive passive Resistenz außenpolitische Erfolge zuwege gebracht, um die sich in Europa die Gesamtheit der politischen und diplomatischen Intelligenz bisher vergeblich bemühte.

Kein schlagenderer Beweis für diese These kann angeführt werden als die Tatsache, daß die diplomatischen Vertreter aller Fremdmächte in Peking, die gewohnt waren, bei der geringsten Gefahr für Leib und Leben in schärfster Weise durch diplomatische Aktionen in die innere Politik Chinas einzugreifen, ruhig und bescheiden in ihren Gesandtschaftshotels saßen, während die von Flugzeugen abgeworfenen Bomben in den Straßen von Peking platzten. Keine Rede ist mehr davon gewesen, daß nach den Verträgen der Weg zwischen Peking und der Küste freigehalten werden muß. Man nahm es ohne Widerspruch hin, daß Peking durch kriegerische Unternehmungen vollständig von der Außenwelt abgeschlossen war. Die bisher so beliebte Drohung, die fremden Vertreter auf der Zollkonferenz zurückzuziehen, ist nicht wieder gehört worden, trotzdem in den vergangenen Tagen tatsächlich überhaupt kein anerkannter Vertreter der Zentralregierung mehr vorhanden war. Das noch vor kurzem so angriffslustige Japan kann nicht oft genug durch sein Kabinett und Parlament betonen, daß seine Parole ist: „Hände weg von China!" Das so schwer gekränkte England hat allen Stolz der meerbeherrschenden Nation vergessen und bemüht sich eifrigst, mit der Kantonregierung, der es so manche Kränkung und große materielle Verluste zu verdanken hat, trotz aller vergeblichen Versuche, immer wieder auf eine Verhandlungsbasis zu kommen. Selbst die englische Kaufmannschaft, die vor noch nicht langer Zeit nach Kriegsschiffen rief, ventiliert heute, vorläufig noch im Widerspruch zu ihrer eigenen Regierung, immer energischer den Gedanken, der unerträglichen Lage Hongkongs durch Zahlung einer erklecklichen Geldsumme an die ihr so verhaßte Kantonregierung ein Ende zu machen. Sowjetrußland, das schon das rote Banner über ganz China flattern sah und glaubte, durch eine versteckte Kriegsdrohung die chinesische Regierung seinem Willen gefügig machen zu können, hat bescheiden seine bolschewistischen Fangarme zurückgezogen und bemüht sich in richtiger Erkenntnis der Sachlage, seine Politik mehr der Stimmung des chinesischen Volkes anzupassen. Auch Amerika, dessen Einfluß in China größer als der jeder anderen Macht ist, und dessen finanzielle Hilfsmittel China nicht gleichgültig sein dürften, hat es für weiser gehalten, aus der Vertreibung amerikanischer Missionare unter Verletzung der amerikanischen Flagge keine Haupt- und Staatsaktion zu machen, um nicht in die Gefahr zu kommen, sein günstiges Verhältnis zu China auf das Spiel zu setzen.

Die geheimnisvollen Kräfte der chinesischen Sphinx haben in verhältnismäßig kurzer Zeit aus einer sehr arroganten, selbstbewußten Gesellschaft fremder Diplomaten eine bescheidene Schar von China-Interessenten gemacht. Sie ist heute zu Konzessionen an das chinesische Volk bereit, die noch vor kurzer Zeit als gänzlich außerhalb des Bereichs des Möglichen angesehen wurden.

Dieser diplomatische Erfolg Chinas, ohne daß die üblichen Paraphernalien moderner Diplomatie, Armee, Flotte und Gold in die Erscheinung getreten sind, berechtigt zu dem Schluß, daß auch die aus eigener Machtvollkommenheit tretenden Führer des chinesischen Volkes ihre persönlichen Ziele nicht erreichen werden, wenn sie nicht ähnlich wie die fremde Diplomatie ihre eigenen Interessen den wirklichen Interessen des chinesischen Volkes anzupassen verstehen.

Seit Jahr und Tag ziehen sie nun im Lande umher, haben Provinzen erobert und wieder verloren, haben Regierungen gegründet, die immer wieder zusammenfielen, haben sich gegenseitig bekämpft, besiegt und verraten und stehen, soweit sie nicht gänzlich verschwunden sind, heute wieder an derselben Stelle, an der sie schon vor Jahren gestanden haben. Unter ihnen ist kein Alexander, der den gordischen Knoten mit dem Schwerte zerhaut. Und während sie sich noch mit den kampfbereiten Armeen gegenüberliegen, versuchen sie, mit nervösen Fingern den Knoten zu entwirren, von der einzigen Sorge getrieben, ein möglichst großes Stück des Bindfadens in ihrer Hand zu behalten. Ihre anfängliche Entschlußkraft ist gelähmt, ihre Energie, einen entscheidenden Schlag zu führen, verlorengegangen, da sie hinter ihrem Rücken die geheimnisvolle Macht der chinesischen Masse fühlen, die immer wieder neue Prätendenten erstehen läßt, sobald sie ihre kleinlichen persönlichen Ziele erreicht zu haben glaubten, deren unsichtbares Wirken Verrat in ihren eigenen Reihen entstehen läßt, sobald sie sich dem Ziele ihrer Wünsche nahe sahen. Daher ihre zögernde Taktik bei den letzten Kämpfen um Peking, die nur erklärlich ist aus dem Gefühl der Unsicherheit, den eroberten Posten halten zu können. Keiner dieser Gouverneure und Generale ist zum Führer des chinesischen